



GEMEINDE NIEDERNBERG

MITTEILUNGSVORLAGE

070/2023

Federführung:	Bauamt	Datum:	28.06.2023
Bearbeiter:	Marion Debes	EAPL:	6317

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Bau- und Umweltausschuss		öffentlich

Spielplätze, Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektive

Mitteilung:

Niedernberg hat derzeit neun öffentliche Spielplätze, einen Skaterplatz, sowie einen BMX-Platz mit integrierter Pumptrackanlage. Weiterhin gibt es drei Bolzplätze in unmittelbarer Nähe bzw. direkt anschließend an einen Spielplatz sowie den DFB-Soccer. Im Rahmen des Projekts Zukunft sind einige Ideen zur Erweiterung und Veränderung dieser Spielplätze eingegangen. Weiterhin sind Themen wie die Verlegung des Spielplatzes am Tannenwald sowie die Asphaltierung des Pumptracks bereits durch andere Gegebenheiten relevant.

Die Gemeindeverwaltung hat eine Bestandsaufnahme vorgenommen. Diese befindet sich in der Anlage zu diesem Punkt. Darin sind die vorhandenen Plätze, sowie deren Aufbauten und das für die Spielgeräte empfohlene Alter aufgeführt.

Weiterhin befindet sich in der Anlage der Prüfbericht der letzten Prüfung des Spielplatzprüfers. Hierin sind einige Mängel aufgeführt, die im Rahmen von Um-/Neugestaltungen behoben werden können bzw. teilweise müssen. Die meisten Punkte wurden bereits im Rahmen der regelmäßigen Kontrollen und Reparaturen behoben. Die Spielplatzschilder werden entsprechend angepasst. Handlungsbedarf mit Entscheidungsbedarf besteht bei der Pumptrackanlage. Hier müssen die Gummimatten entfernt werden.

Im Rahmen des Projekts Zukunft wurden Forderungen u. a. nach einem Spielplatz „für Ältere“ laut. Spielplätze sind grundsätzlich für Kinder, nicht für Jugendliche geeignet. Meist gilt eine Beschränkung bis 12, max. 14 Jahre. Jugendliche über 14 Jahre suchen Aufenthaltsflächen, aber keine typischen Spielgeräte für Kinder.

Auch von 9-jährigen kam als Rückmeldung, dass die Spielplätze mit dem Alter zunehmend uninteressant werden. Konkrete Vorschläge gingen von den Beteiligten nicht ein. Durch die Erweiterungsvorschläge der Gemeindeverwaltung kann das Angebot auch für diese Zielgruppe ausgeweitet werden.

Im Rahmen des Projekts wurden auch Wünsche nach konkreten Spielgeräten wie z. B. einer Seilbahn geäußert. Teilweise wurden gewünschte Spielgeräte bereits in anderen Beteiligungsformen wie im Rahmen der U18-Wahl genannt, konnten jedoch auf den Bestandsspielplätzen nicht umgesetzt werden. Aufgrund der nun geplanten Verlagerung des Tannenwald-Spielplatzes und der Möglichkeit der Gestaltung des Gebiets zwischen Spielplatz Großwallstädter Straße und Minigolfanlage sind nun Spielräume vorhanden, die genutzt werden

könnten. Neben den Kindern und Jugendlichen, die sich im Rahmen des Projekts äußerten, gehen auch auf der Gemeindeverwaltung Rückmeldungen ein. Hier werden z. B. auch Wünsche nach mehr Spielgeräten für Kleinkinder genannt.

Die Gemeindeverwaltung hat sich mit den Rückmeldungen aus dem Projekt Zukunft, aber auch aus den weiteren eingegangenen Rückmeldungen mit Weiterentwicklungsmöglichkeiten beschäftigt. Ebenfalls der Aspekt der Barrierefreiheit ist eingeflossen. Hieraus wurde ein Vorschlag als Diskussionsbasis entwickelt. Die angefügte Datei zeigt lediglich Beispiele, sollten sich die Vorhaben konkretisieren müssen die Spielgeräte genau definiert und Angebote eingeholt werden.

Der Gemeinderat ist für die Freigabe von Geldern zuständig. Einzelne Spielgeräte fallen grundsätzlich in die Zuständigkeit der laufenden Verwaltung, da es sich hier jedoch um die grundsätzliche Weiterentwicklung der Spielplätze handelt, welche auch in sich abhängig ist, wird das Gesamtpaket zunächst dem Bau- und Umweltausschuss zur Vorberatung vorgelegt. Die Gemeindeverwaltung schlägt vor, Beschlüsse zu fassen, was der Ausschuss bereit wäre umzusetzen. Anschließend würde die Gemeindeverwaltung auf dieser Basis eine Veröffentlichung bzw. Umfrage (Beispiel siehe Anlage) über das Amts- und Mitteilungsblatt, sowie über Kinderkrippe, Kindergärten und Grundschule Familien vornehmen und einladen Rückmeldung auf die beschlossenen Eckpunkte zu geben. Hierüber würde die Gemeindeverwaltung den Ausschuss zur weiteren Konkretisierung und anschließend dem gesamten Gemeinderat, bzw. wenn keine relevanten Änderungen von Nöten wären direkt dem gesamten Gemeinderat zur abschließenden Entscheidung vorlegen.

Die Rückmeldungen im Rahmen des Projekts Zukunft sind in die Überlegungen soweit als möglich eingeflossen. Für die Gemeindeverwaltung wäre das Thema Spielplätze dann mit der Definition der weiteren Vorgehensweise abgeschlossen. Eine weiterer Beteiligungsschritt wäre mit der Umfrage gegeben.